

Immer mehr Kinder beim Psychiater

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 17

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-533159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Immer mehr Kinder beim Psychiater

Deutsches Institut für Bildung und Wissen warnt vor schädlichen Nebenwirkungen von Bildungsreformen

Wenn dieser Warnruf auch an deutsche Bildungspolitiker und Erzieher gerichtet ist, so verdient er es, auch bei uns gehört zu werden.

Es ist ein anerkannter Grundsatz der Medizin, dass kein Arzt Medikamente verabreichen oder andere Massnahmen anordnen darf, die möglicherweise mehr gesundheitliche Schädigungen hervorrufen, als sie heilen und mithelfen. Dieser Grundsatz gilt analog bei der Frage der Gesundheit am Arbeitsplatz und der möglichen Umweltgefährdung. Sobald begründeter Verdacht aufkommt, dass dauerhafte Schädigungen entstehen, wird der eindeutige Beweis der Unschädlichkeit verlangt.

Auf pädagogischem Gebiet herrscht leider nicht die gleiche Sorgfalt. Vielmehr wurden in den letzten Jahrzehnten ganze Jahrgänge von Schülern Experimenten ausgesetzt, nach deren Nebenwirkungen kaum ernsthaft gefragt wurde. Eine sorgfältige wissenschaftliche Überwachung fehlt vielerorts. Auch erste Hinweise auf schädliche Nebenwirkungen bei einem erheblichen Teil der Schülerschaft wurden von zuständigen Stellen hartnäckig übersehen und als Übergangsschwierigkeiten abgetan.

Das deutsche Institut für Bildung und Wissenschaft warnt vor einem derart leichtfertigen Verhalten und weist auf ärztliche Statistiken hin, denen zufolge die Zahl der Kinder, die sich in psychiatrische Behandlung begeben, in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Dieser Anstieg hat wahrscheinlich mehrere Ursachen. Ihren genauen Anteil an der Gesamtentwicklung zu ermitteln, dürfte kaum möglich sein.

Die Situation ist jedoch alarmierend genug, um die Frage nach erhöhten psychischen Belastungen im Bildungsbereich zu stellen und alle Experimente abubrechen oder auslaufen zu lassen, die nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand mit grosser Wahrscheinlichkeit die psychosomatischen Schädigungen unserer Kinder mitverursacht haben.

1. Das unbarmherzige System ständiger Leistungskontrollen, das einen Dauerstress für Kinder bedeutet, muss einer gründlichen Überprüfung unterzogen und geändert werden. Die vom Numerus clausus ausgehende Kettenreaktion darf nicht dahin führen, dass die gesamte Schule einseitig an der Erzielung nachweisbarer Leistungen orientiert wird. Leider muss festgestellt werden, dass das berechtigte Bestreben, eine übertriebene Anspannung der Kinder vor den jeweiligen Versetzungen zu vermeiden, in vielen Fällen dazu geführt hat, dass nunmehr das ganze Schuljahr unter dem Gesichtspunkt registrierbarer Bewertungen steht. Die Lehrer sollten in der Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet werden, psychische Belastungen der Kinder zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Eine gezielte Elternberatung sollte darauf abzielen, eine weitere Verschärfung der Belastung durch zu hohe elterliche Erwartungen und unangemessene «Hilfsmassnahmen» zu vermeiden.

2. Besonders gefährdet sind Kinder im Vorschulalter. Obwohl die Modelle, die den Bildungspolitikern Entscheidungshilfen bringen sollten, bisher ohne stichhaltige Ergebnisse geblieben sind, besteht die Gefahr, dass die Fünfjährigen dem Schulsystem zugeschlagen werden. Damit würden sie dem Leistungsdruck, zu grossen und leider nicht altersgemischten Klassen, dem Transport zu Mittelpunktschulen und zu kognitiv betontem Lernen ausgesetzt. Ein amputierter Kindergarten – soweit er überhaupt finanziell überlebt – könnte den 3- bis 4jährigen pädagogisch kaum mehr gerecht werden. Ungesicherte Thesen von der Bedeutung des Frühlernens haben die Eltern verunsichert, und der Numerus clausus tut das Seine, schon Kindern im Vorschulalter konkurrenzbetontes Arbeiten aufzuzwingen. Experten sprechen bereits von «vorschulgeschädigten» Kindern. Die Frage scheint daher berechtigt, wie weit das Zunehmen der Lern- und Verhaltensstörungen auf zu frühen Schuldruck zurückzuführen ist, der Lernen vor Leben stellt.

3. Die Tendenz, den Kindern statt klarer Orientierungen von vornherein sogenannte kritische Haltungen beizubringen, führt in

vielen Fällen zu einer Orientierungslosigkeit der Kinder und gefährdet notwendige soziale Bindungen. So notwendig es ist, dass Kinder und vor allem Jugendliche zur Unterscheidungs- und Kritikfähigkeit erzogen werden, so unverantwortlich ist es, Kindern in einem Alter, in dem sie auf personales Vertrauen zu ihren primären Bezugspersonen angewiesen sind, sogenannte kritische Haltungen zu indoktrinieren. Wo Kritik mit einseitiger Negation verwechselt wird und jeder Vertrauensvorschuss zu anderen Menschen als unangemessen erscheint, brechen soziale Bindungen ab und Asozialität ist in vielen Fällen das Endprodukt einer solchen Erziehung.

In diesem Zusammenhang muss auch auf Bücher und Unterrichtsmaterialien zu einer Reihe von Unterrichtsfächern wie etwa Deutsch, Gesellschaftskunde und Religion hingewiesen werden, die die Entfremdung der Kinder von ihren natürlichen Bezugspersonen, ihre Abwendung von der überlieferten Gesinnung und Moral und Widerwillen gegen stabilisierende Institutionen, wie Familie, Kirche, Recht und Staat zu ihren erklärten Zielen machen.

4. Die Orientierungsunsicherheit der Kinder wird zudem verstärkt durch eine übertriebene Durchsetzung des Fachlehrerprinzips bis in die Grundschule hinein. Das Kind findet nicht die in diesem Alter notwendige Stetigkeit in der Beziehung zum Lehrer. Durch den Zwang, sich ständig umzuorientieren und anzupassen, ist es überfordert. Dazu kommt, dass zahlreiche vorgeschriebene Unterrichtsmaterialien eine personale Vermittlung des Stoffes, wie sie insbesondere in der Grundschule nötig ist, erschweren oder gar verhindern. Durch diese Feststellung wird die Notwendigkeit, fachlich qualifizierte Lehrer auch in der Grundschule einzusetzen, nicht bestritten. Es geht jedoch nicht an, einen einzigen Gesichtspunkt – die notwendige fachliche Qualifikation – zum alleinigen Prinzip zu erheben und dabei psychologische Erkenntnisse über die Entwicklung des Kindes ausser acht zu lassen.

5. Zu der Gefährdung der personalen Beziehung zwischen Schüler und Lehrer kommt durch die Einführung der Kurssysteme mit ihren zahlreichen Wahlmöglich-

keiten die Auflösung des Klassenverbandes. Selbstverständlich sind Differenzierungen unter verschiedenen Gesichtspunkten wünschenswert. Sie dürfen jedoch den der jeweiligen Altersstufe der Kinder angemessenen Rahmen nicht übersteigen. Eindeutig muss vor einer zu frühen Differenzierung und vor allem vor einer völligen Auflösung fester Schülergruppen zugunsten ständig wechselnder Zusammenstellungen gewarnt werden. Dagegen sollten alle Versuche gefördert werden, die geeignet erscheinen, die mitmenschlichen Bezüge in der Schule zu stärken.

Gefühl der Unsicherheit

6. Von einer Konzentration des Unterrichtsstoffes wird zwar viel geredet. Die durch Schulbehörden erzwungene Praxis steht jedoch dazu im krassen Widerspruch. Während sich zum Beispiel die Grundschule in früheren Zeiten zwar nicht darauf konzentrierte, den Kindern Schreiben und Lesen sowie Grundrechnungsarten beizubringen, ist heute bereits der Unterricht der Grundschule schon organisatorisch so ausgefächert, dass er nicht mehr von einem einzigen Lehrer bewältigt und dadurch insgesamt nicht mehr auf Schwerpunkte hin konzentriert werden kann. Von den Kindern wird verlangt, was den Lehrern nicht zugemutet wird: die Integration der unterschiedlichsten Unterrichtsstoffe und Lernverfahren. Folgen davon sind zusammenhanglose Kenntnisse auf allen möglichen Gebieten, die bei manchen Schülern Selbstüberschätzung, bei den meisten jedoch das Gefühl der Unsicherheit auslösen.

7. Übermässig grosse und unüberschaubare Schulsysteme geben Kindern das Gefühl der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins. Sie sollten daher aufgelöst oder, wo das nicht möglich ist, wenigstens klar gegliedert werden. Zumindest den Kindern der jüngeren Jahrgänge sollte jeweils ein eigener Raum mit je einem eigenen Sitzplatz zur Verfügung stehen, der zugleich als Ausgangsbasis zur Orientierung im Gesamtsystem dienen kann. Eine Auflösung zentraler Grosssysteme bedeutet zudem eine Verkürzung der zum Teil zumutbaren Schulbusfahrten mit ihren Wartezeiten, wie sie insbesondere bei Unregelmässigkeiten

im Schulbetrieb nahezu unvermeidlich sind. Wo Schulbusse beibehalten werden müssen, ist dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind einen Sitzplatz hat und dass innerhalb der Schulbusse kein Freiraum für asoziales Verhalten und für eine Diktatur der Rücksichtslosen entsteht.

Rechtfertigung ideologischer Konzeption

8. Entgegen ihren positiven Zielsetzungen haben die curricularen Reformen der letzten Jahre weithin dazu geführt, die Unterrichtsstoffe geradezu unter eine Tyrannei von Lernzielen zu stellen, die oft mehrdeutig und verschwommen formuliert sind, in der Praxis jedoch in vielen Fällen zur Rechtfertigung ideologischer Konzeptionen dienen und damit den Pluralismus unserer Gesellschaft überspielen. Besonders bedenklich wird es, wenn Werke der Literatur, sogar biblische Texte zum blossen Material degradiert werden, um einseitig vorgeprogrammierte Verhaltensweisen zu erreichen. Denn bei diesen Texten geht es weniger um die Fragen, die wir an sie stellen, als um die Herausforderung, die sie für uns darstellen. Unterrichten bedeutet in diesem Falle, unter dieser Herausforderung zu richten. Das Nichternstnehmen oder gar Ausweichen vor der Geschichte und den bleibenden künstlerischen und geistigen Herausforderungen, die sie hinterlassen hat, bedeutet eine Selbstaufgabe im Sinne opportunistischer Anpassung an den jeweils herrschenden Trend.

9. Nach der Auflösung der meisten evangelischen und katholischen Bekenntnisschulen hat an den zur Regelschule erklärten Gemeinschaftsschulen zum Teil eine Indoktrination eingesetzt, die zum gesetzlichen Auftrag dieser Schulen in unaufhebbarer Widerspruch steht. Die Schulaufsicht greift nur in seltenen Fällen ein. In einigen Bundesländern begünstigen staatlich genehmigte Unterrichtsmittel ideologische Tendenzen. Zahlreiche Eltern müssen feststellen, dass die Erziehungspraktiken der Schulen, in die ihre Kinder zwangsweise eingewiesen worden sind, zu ihren eigenen Erziehungszielen in unaufhebbarer Widerspruch stehen. Ein Staat, der das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen garantiert, sollte diesen Eltern das

Recht zugestehen, ihre Kinder ohne Rücksicht auf Schulbezirksgrenzen durch Abmeldung einer Schule zu entziehen, zu der sie kein Vertrauen haben können.

10. Im Bestreben, das Schulwesen zu demokratisieren, wurden in den meisten Bundesländern die Mitbestimmungsrechte der Eltern am Schulleben wesentlich erweitert. Zum Teil nehmen Elternvertreter an den verschiedenen Konferenzen teil und wirken auch bei der Einführung von Schulbüchern und Lernmitteln mit. Auch auf der Orts- und Kreisebene bis hin zum Landeselternbeirat wurden ihre Rechte gefestigt. Im Gegensatz dazu wurde jedoch das im Grundgesetz garantierte individuelle Elternrecht, d. h. das Recht der Eltern, sich die Schule und den Schultyp für ihre Kinder selbst zu wählen, faktisch immer weiter abgebaut. Die organisatorischen Reformen des letzten Jahrzehnts wurden ohne Rücksicht darauf durchgeführt, ob die Wahrnehmung dieses Elternrechts dadurch faktisch unmöglich wurde. Bei der Weiterentwicklung des Schulwesens muss mit aller Sorgfalt darauf geachtet werden, dass neue Möglichkeiten zur Wahrnehmung dieses Rechtes geschaffen werden.

11. Theorie und Praxis der schulischen Sexualerziehung lassen oft eine Rücksichtnahme auf die persönliche Sphäre des Schülers vermissen und greifen ausserdem unzulässig in die Erziehungsaufgabe des Elternhauses ein. Wo sexualkundliche Wissensvermittlung in der Schule, ideologisch befangen, die menschliche Sexualität auf Lust reduziert, ist sie inhuman. Das gilt auch, wenn man die soziale und gesellschaftskritische Bedeutung der Lust überbewertet. Wenn in der Schule Wissen und Haltungen dargestellt und angestrebt werden, die die personal zu verantwortende genitale Sexualität in ihrer Ganzheit ignorieren, die gemüthlichen Werte ausklammern und gesellschaftliche Normen und religiöse Grundüberzeugungen privatisieren, so wird ungewollt eine rücksichtslose und ungeordnete Triebhaftigkeit begünstigt, bzw. eine personale Integration der Geschlechtlichkeit erschwert. Es muss ernsthaft gefragt werden, ob – entgegen den in ihn gesetzten Erwartungen – der Sexualkundeunterricht an manchen Schulen mitverantwortlich ist für

den Anstieg der Promiskuität und der Geschlechtskrankheiten.

Schwächen der Kinder im Lesen und Schreiben

12. Die Zahl der Kinder mit Schwächen im Schreiben und Lesen hat seit Einführung der Ganzheitsmethode so stark zugenommen, dass die Vermutung eines Zusammenhanges naheliegt. Obgleich sich die Experten in der Frage der Ursachen nicht einig sind, ist es angesichts des begründeten Verdachts einer Schädigung nicht angemessen, diese Methode als ausschliessliche beizubehalten. Unabhängig von der These, dass Schädigungen bei einer besseren Handhabung der Ganzheitsmethode vermeidbar wären, muss festgestellt werden, dass die weitere, unterschiedslose Anwendung dieser Methode auf breiter Basis – ohne Rücksicht darauf, ob das Einzelkind z. B. ein primär visueller, auditiver oder motorischer, ein analytischer oder ein ganzheitlicher Lerntyp ist – Schädigungen bei einer Anzahl von Schülern begünstigt. Gegen Versuche, die im Einvernehmen mit den Eltern und insbesondere unter ständiger wissenschaftlicher Begleitung vorgenommen werden, bestehen selbstverständlich keine Bedenken.

13. Neuere Untersuchungen zeigen, dass auch Schwächen im Rechnen unter den Schulkindern zunehmen. Dabei beschränkt sich die Kritik nicht auf die sogenannte Mengenlehre. Es haben sich vielmehr insgesamt beim Versuch einer Umstellung grössere Schwierigkeiten eingestellt, als zunächst erwartet wurde. Die weithin unzureichende Vorbereitung der Lehrer auf die neuen Methoden kommt in vielen Fällen

erschwerend hinzu, kann jedoch nicht als die einzige Ursache der Schwierigkeiten betrachtet werden. Die Unterrichtsmethoden sind offensichtlich dem kindlichen Denkstil noch nicht genügend angepasst. Vor allem ist eine Integration der neuen Mathematik in den übrigen Rechenunterricht nicht gelungen. Der Hilflosigkeit der Schüler entspricht in vielen Fällen die der Eltern. Das gilt in besonderem Masse von Eltern der sozialen Unterschicht, denen es nicht möglich ist, ihren Kindern angemessen zu helfen, so dass hier eine zusätzliche Benachteiligung entsteht. Sofern mit der neuen Mathematik weiter experimentiert wird, sollten wenigstens Klassenarbeiten, die der Bewertung des Schülers dienen, und Hausaufgaben untersagt werden.

Das Deutsche Institut für Bildung und Wissen fordert alle verantwortlichen Politiker auf, für die Herstellung angemessener Zustände im Bildungswesen zu sorgen. Alle Massnahmen, die nachweislich oder mit grosser Wahrscheinlichkeit zur Schädigung von Kindern führen oder die verfassungsmässig garantierten Rechte der Eltern überspielen, müssen revidiert werden. Das Bildungssystem darf nicht zum Schaden der Kinder von vorschnell agierenden Experimentalpädagogen und ideologisch fixierten Bildungspolitikern beherrscht werden.

Das Deutsche Institut für Bildung und Wissen bittet alle Lehrer, auf mögliche psychische Belastungen der Kinder sorgfältig zu achten und ihnen entgegenzuwirken.

Das Deutsche Institut für Bildung und Wissen fordert alle Eltern auf, sich zum Schutze ihrer Kinder zusammenzuschliessen, ihre legitimen Rechte wahrzunehmen und notfalls Widerstand zu leisten.

aus: Deutsche Tagespost, Nr. 67/1975

Über gruppenspezifisches Verhalten von Schülern auf der Sekundarschulstufe

Mario Ladislaus Rybarczyk

1. Eine Schulklasse ist normalerweise eine über lange Zeit relativ stabile Gruppe, die ihrerseits in verschiedene variable Untergruppen zerfällt, die sich mit den äusseren

Bedingungen verändern können. Die Gruppen Jugendlicher haben ähnliche oder gleiche Probleme und Verhaltensweisen wie die Gruppen Erwachsener. Dabei soll man je-